

Kurt L. Shell

## Amerikanische Gewerkschaften als fortschrittliche Kraft?

### I

Die Beantwortung der im Thema gestellten Frage hängt wesentlich von der Interpretation zweier Begriffe ab: was verstehe ich unter „amerikanischen Gewerkschaften“ und wie begreife ich „fortschrittlich“. Dabei ist der erste vom empirischen Standpunkt entscheidend, der zweite vom theoretischen. Konkret ausgedrückt, die Antwort hängt ganz davon ab, ob ich als für die amerikanischen Gewerkschaften typische Vertreter die Automobilarbeiter-Gewerkschaft (UAW) unter Führung *Walter Reuthers* heranziehe oder die *International Brotherhood of Teamsters*, die Transportarbeiter-Gewerkschaft und als ihren Führer den derzeit im Gefängnis weilenden *Jimmy Hoffa*; — oder die Gewerkschaften der Bau- oder Hafendarbeiter. Und ob ich unter Fortschritt die ständige Verbesserung des Lohns des in den Gewerkschaften organisierten Teils der amerikanischen Arbeiterschaft verstehe oder die Demokratisierung der amerikanischen Gesellschaft — oder gar den Weg zum Endziel des demokratischen Sozialismus. Da diese Begriffe inhaltlich nicht autoritär bestimmt werden können, muß der etwaige Wert meiner Ausführungen

eher in der Analyse als in den Schlußfolgerungen liegen, in der Auffächerung von Beziehungen, die dem Schema entsprechen.

Dazu kommt noch eine weitere Einschränkung. Es besteht bei den Zielsetzungen der amerikanischen Gewerkschaften — wie bei Normenstrukturen im allgemeinen — ein weiter Abstand zwischen Rhetorik, der Proklamation von hohen Zielen, und der Praxis, dem Alltag der gewerkschaftlichen Arbeit und des Kampfes. Viel hängt also davon ab, ob wir uns auf die offizielle Sprache in den für die Öffentlichkeit bestimmten Reden und Dokumenten konzentrieren oder auf den — allerdings keineswegs statischen — Handlungsablauf. Viel hängt auch davon ab, ob wir Intentionen bewerten oder die tatsächlichen Bemühungen und deren Erfolge oder Mißerfolge.

Diese Vorwarnungen können jedoch den Wissenschaftler von der Entscheidung nicht entbinden; sollen jedoch klarstellen, daß eine Reihe *subjektiver Entscheidungen* der Behandlung des Themas zugrunde liegt und keine objektive, absolute, unanzweifelbare „Wahrheit“.

Daß das amerikanische Gewerkschaftswesen äußerst uneinheitlich ist — in seiner Organisation, seinen Traditionen und sogar Zielsetzungen — dürfte allgemein bekannt sein. Das amerikanische Bundesbüro für Arbeitsstatistik zählte 1969 181 sogenannte „nationale“ oder „internationale“ Gewerkschaftsorganisationen. Von diesen waren 130 mit der AFL-CIO affiliert, der Rest bestand aus Einzelgewerkschaften ohne vereinheitlichende Bundesorganisation<sup>1)</sup>. Die AFL-CIO war aus der auf „*craft*“ (handwerklichen Qualifikationen) beruhenden *American Federation of Labor* und den im Laufe des *New Deal* eruptiv hervor- und wegbrechenden großen Industriegewerkschaften (Stahl, Automobile, Bergarbeiter), die im *Congress for Industrial Organization* zusammengefaßt wurden, durch Wiederzusammenführung Mitte der fünfziger Jahre hervorgegangen. Doch wurde diese oberflächliche Wiedervereinigung erneut gesprengt, einmal durch den Ausschluß der von Korruption geplagten Teamsters und den Bruch mit Reuthers Automobilarbeitern. Die beiden großen „Außenseiter“ — zutiefst unterschiedlich in Organisation und Zielsetzung — haben sich neuerdings in der *Alliance for Labor Action* (ALA) vereinigt und versuchen, andere außenstehende Gewerkschaften unter das neue gemeinsame Dach zu bringen. Außerhalb dieser beiden Dachverbände steht nämlich noch die wichtige Bergarbeiter-Gewerkschaft und eine Reihe anderer, kleinerer Organisationen.

In den folgenden Ausführungen ist es mir unmöglich, ständig dieser breiten Fächerung Rechnung zu tragen und jede Aussage mit Hinweis darauf zu qualifizieren, sie gelte nur für diese oder jene Gewerkschaft. Als typisch könnten bezeichnet werden: die dezentralisierte, heterogene Bauarbeiter-Gewerkschaft mit ihren vielen auf handwerklichen Traditionen beruhenden Unterorganisationen — aus ihren Reihen kommt der gegenwärtige Präsident der AFL-CIO *George Meany*; die äußerst heterogene, aber straff geführte Teamsters Union, die unter *Dave Beck* und *Jimmy Hoffa* diverse Gruppen in eine sehr allgemeine Transportarbeiter-Gewerkschaft zusammenbrachte; und große Industriegewerkschaften wie die UAW — die Automobilarbeiter — die unter Walter Reuthers Führung mit der Tradition der reinen „*business union*“ brachen. Sie verkörpern essentiell unterschiedliche Einstellungen zu den Aufgaben der gewerkschaftlichen Bewegung, auf deren Explikation ich zurückkomme.

## II

Bevor ich die Frage des *Fortschrittsbegriffs* anschneide, möchte ich ein mögliches Mißverständnis abbauen. Es ist wichtig, sich daran zu erinnern, daß Gewerkschaften ihrer Genese und ihrem Selbstverständnis nach — das gilt insbesondere für den anglo-amerikanischen Raum — primär Protest- und Verteidigungsorganisationen sind und nicht weltanschaulich fundierte Instrumente radikaler gesellschaftlicher Veränderung. Die

1) Nach Jack Barbash, *American Unions; Structure, Government and Politics*, New York, 1967, S. 71.

ersten Gewerkschaften entstanden — in Amerika wie in England — als Abwehr gegen Wettbewerbsbedrohungen im freien, kapitalistischen Markt, als Versuch zur Sicherung, Erhaltung — womöglich Verbesserung der gewohnten Lohn- und Arbeitsbedingungen. Es bestand — und besteht weiter — eine nicht zu vernachlässigende Spannung zwischen der Dynamik des wirtschaftlich-technischen Systems, das — optimal — unter der Dominanz der Produktionseffizienz steht, das demnach den lebendigen Arbeiter als Kostenfaktor instrumentalisiert und dem Interesse dieses Arbeiters als gesellschaftlichem menschlichen Wesen, das in erster Linie an der Sicherung seines gewohnten Lebensstils — soweit dieser erträglich ist — interessiert ist, keine Rechnung trägt. Dabei dürfte es für diesen Antagonismus irrelevant sein, ob die Dynamik die des anonymen Marktes oder eines geplanten Wirtschaftssystems ist. Anders ausgedrückt: es besteht ein Konflikt zwischen der Rolle des Arbeiters als Produzenten und seiner Rolle als Konsument.

Da seit *Adam Smith* das „allgemeine Wohl“ mit dem Interesse des Konsumenten identifiziert wurde, stand und steht der Vertreter des Produktionsstandpunktes, für den seine eigene Produktionssphäre primär, die Konsumsphäre jedoch von seiner Stellung im Produktionsprozeß abhängig und dann oft marginal ist, in Gefahr, von der Allgemeinheit als Feind des „Gemeinwohls“ oder als „Hemmschuh“ des Fortschritts apostrophiert zu werden. Und doch war es und bleibt es notwendige Funktion der Vertreter von Arbeiterinteressen, dieses Onus auf sich zu nehmen, als Bremse für einen Fortschritt aufzutreten, der unbekümmert menschliche Werte den Erfordernissen technischer Rationalität (in kapitalistischen Systemen vermittelt oder verzerrt durch den Index des Profits) opfert. Wobei allerdings in Theorie wie Praxis die Frage bisher nicht beantwortet wurde, vielleicht nicht endgültig beantwortet werden kann, welcher Mechanismus eine gesamtgesellschaftlich zufriedenstellende Dialektik zwischen Sicherung und technischer-rationaler Dynamik optimal herstellt. Es ist also keineswegs gerechtfertigt, a priori konservative, beharrliche Zielsetzungen und Praktiken — die gelegentlich noch mit mittelalterlichen Formen des Gildensystems verwandt sind — zu verdammen, so sehr sie auch einem von Leistungsprinzip und Wirtschaftsrationalität geprägten — und an reinen Konsumenteninteressen orientierten — Wertsystem widersprechen mögen. Wenn amerikanische Gewerkschaften darauf bestanden haben, daß Musiker für nicht gespielte Musik bezahlt werden, daß unnötige Mitfahrer in Lokomotiven eingestellt werden, wenn Anstreicher darauf bestehen, weniger breite Pinsel zu benutzen, und wenn Bauarbeiter und Installateure Aufnahme in die Lehrlingsausbildung und die Gewerkschaft (die die Arbeit am Bau vermittelt) auf Söhne von Bauarbeitern und Installateuren beschränken, so sind dies Versuche, die Gewerkschaftsmitglieder durch monopolistische Praktiken wirtschaftlich gegen Konkurrenz und Abstieg abzusichern — Praktiken, die ihre Parallele — zum Teil mit wesentlich höheren Kosten — bei den amerikanischen (und nicht nur amerikanischen) Farmern und Unternehmern in Form von Subventionen und Schutzzöllen haben. Jeder versucht, sich gegen den abstrakt so hoch gepriesenen kalten Wind des Wettbewerbs zu schützen — am verständlichsten jene, die nichts zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft, und die daher das „Opfer des Fortschritts“ am schwersten tragen können. Bedenklich — vom humanistischen Standpunkt — werden allerdings diese Praktiken, wenn sie sich diskriminatorisch gegen gewerkschaftlich nicht organisierte und daher häufig unterprivilegierte Schichten der Arbeiterschaft richten — ein Punkt, der besonders im Zusammenhang mit der Emanzipation der amerikanischen Negerbevölkerung noch unerserer Analyse bedürfen wird.

Obwohl ich es für notwendig hielt, die status-bewahrende Funktion von Gewerkschaften — also ihre konservative Rolle — zu betonen und auch wertmäßig zu rechtfertigen, wird es schnell offensichtlich, daß diese durchaus mit der Frage nach ihrer „Fortschrittlichkeit“ verbunden ist, und zwar nicht unter der Regel logischer Ausschließlichkeit, sondern dialektisch. Denn Gewerkschaften sind in einem pluralistischen

Gesellschaftssystem nur ein Faktor unter vielen, nur eine Komponente im Kräfteparallelogramm; waren und sind daher nie imstande gewesen, die Dynamik der technisch-wirtschaftlichen Entwicklung abzustoppen, sondern bestenfalls ihr Tempo zu verlangsamen, auf Berücksichtigung der menschlichen Opfer zu drängen und eine gegenseitige Anpassung der Technik an den Menschen, aber auch der produzierenden Arbeiter an die technische Entwicklung zu erreichen. Denn — besonders amerikanische — Gewerkschaften sind keine Maschinenstürmer. Sie haben weitgehend die für unser Zeitalter so charakteristische Identifikation von Fortschritt mit technischer Höherentwicklung akzeptiert und verinnerlicht, könnten sie gar nicht zurückweisen, wenn sie sich nicht gegenüber dem Rest der Gesellschaft, ihrer Mehrheit, wertmäßig in Gegensatz bringen wollten. Damit würden sie die für ihre Tätigkeit unbedingt notwendige gesellschaftlich-politische Unterstützung verlieren und selbst in ihrer defensiven Primärfunktion geschwächt werden. Aus ideologischen Gründen ist die amerikanische Gesellschaft besonders anfällig für Kritik an allen Organisationen, die der technisch-ökonomischen Rationalität eklatant zuwiderhandeln, worunter allerdings die Arbeiterorganisationen (im Gegensatz etwa zu den Farmern) aus historischen Gründen am meisten leiden.

Die dialektische Beziehung zwischen Bremse und Fortschritt ist jedoch noch eine andere als die des Kräfteparallelogramms oder der „Image“-Pflege. Technischer Fortschritt bringt neben Bedrohung und Verunsicherung natürlich auch konkrete Gewinne für den Arbeiter im Kernbereich des produktiven Lebens: leichtere, saubere Arbeit, kürzere Arbeitszeit und signifikante Lebenshaltungsverbesserungen. Es mag berechtigten Streit darüber geben, ob die amerikanische Gesellschaft — selbst für den nicht dem „anderen Amerika“ zugehörigen vollbeschäftigten Teil der amerikanischen Bevölkerung — eine „Überflußgesellschaft“ geworden ist. Daß aber die Erlangung eines „bürgerlichen“ Lebensstandards für die Arbeiterschaft einen ungeheuren Fortschritt bedeutet, nicht nur, weil er von den Betroffenen als solcher empfunden wird, sondern weil er — positivistisch gesehen — die Sphäre der Eigenbestimmung (sei es durch Gebrauch der Freizeit oder der Konsumkraft) wesentlich erweitert, ist kaum anzuzweifeln. Daher muß in jede Definition des Fortschrittbegriffs dieser materielle Grundaspekt — dessen Implikationen keineswegs auf den materiellen Bereich beschränkt sind — eingehen. Für die weitere Analyse — und damit die Beantwortung der das Thema bestimmenden Frage — scheint mir allerdings Zweifaches von Bedeutung: Inwieweit wird die instrumentelle Natur des materiellen Aufstieges wahrgenommen, d. h. welche Anstrengungen werden unternommen, um auf materielle Basis den „Sprung in das Reich der Freiheit“ für das Individuum zu ermöglichen, das heißt, es zu einer Erkenntnis der jeweils gegebenen Möglichkeiten freien Lebens — dessen Voraussetzungen durchaus materieller Art sind — zu bringen. Zweitens, inwieweit ist die Erkenntnis durchgedrungen, daß dieser Aufstieg in der hochentwickelten Industriegesellschaft nur mit Mitteln gesamtgesellschaftlicher Steuerung möglich ist, z. B. durch die Sicherung der Vollbeschäftigung, durch Sozialgesetzgebung, durch ein adäquates Bildungssystem usw. Anders ausgedrückt, inwieweit wird registriert, daß „reine“ gewerkschaftliche Tätigkeit unzureichend geworden ist und daß Gewerkschaften politische Organisationen werden müssen, auch um ihre primären Aufgaben zu erfüllen.

Hinter diesen vordergründigen Aspekten des Fortschrittbegriffs stehen zwei weitere, stärker normative: Soll man von Fortschritt sprechen, wenn die materielle und potentiell geistige Aufwärtsbewegung nur auf einen Teil der Arbeitenden beschränkt ist, wenn es „das andere Amerika“ der Unterprivilegierten nach wie vor gibt. Und — idealistisch — muß und kann der Freiheitsbegriff ausgeweitet werden auf „Selbstbestimmung“ des Individuums im Produktionsprozeß, also letztlich die direkte individuelle Teilnahme am wirtschaftlichen Entscheidungsprozeß? (Idealistisch, weil empirisch gesehen der Drang nach dieser Form der Autonomie seitens der Arbeitenden nicht stark artikuliert wird

und daher eher intellektuelles Postulat als bewußt positive Erwartung darstellt). Mit anderen Worten: ist das Prädikat „fortschrittlich“ nur einer Bewegung zuzubilligen, die bewußt auf ein System des demokratischen Sozialismus hinstrebt, in dem zumindest keine privatwirtschaftlichen Privilegien der vollen Selbstbestimmung des Arbeitenden im Wege stehen? Wir sind also mit einem breiten Spektrum möglicher Fortschrittsdefinitionen konfrontiert: sie reichen von Anstrengungen um Verbesserungen für die organisierten Mitglieder innerhalb eines mehr oder weniger breiten Sektors der Wirtschaft bis hin zum Kampf um ein sozialistisches Amerika, in dem „die Freiheit aller Bedingung der Freiheit jedes einzelnen“ wäre.

Wenn wir nun die Gewerkschaften im heutigen Amerika diesem Spektrum gegenüberstellen, so müssen wir feststellen, daß die extremen Positionen an beiden Enden des Spektrums kaum repräsentiert sind. Im Gegensatz zur Vergangenheit sind die meisten heutigen Gewerkschaften politisch engagiert, d. h. kämpfen nicht ausschließlich auf dem Wirtschaftsmarkt um bessere Bedingungen, sondern sind in der politischen Arena — auf allen Ebenen, wo Entscheidungen gefällt werden — aktiv. Andererseits gibt es keine nennenswerten, dem Sozialismus verpflichteten Gewerkschaften — ebenfalls im Gegensatz zur Vergangenheit — seit Kommunisten aus ihren Führungsgremien hinausgedrängt wurden, und demokratische Sozialisten wie Reuther, Dubinsky und der verstorbene Gewerkschaftsführer *Hillman* dem sozialistischen Ziel abgeschworen hatten. Daran hat anscheinend auch die Bewegung der Neuen Linken, die — dort wie hier — ein distanzierendes, wenn nicht feindseliges Verhältnis zur Gewerkschaftsbewegung hat, nichts geändert.

Die Wende kam in den dreißiger Jahren und während des 2. Weltkrieges. Einerseits gaben jene Gewerkschafter, die die verbreitete amerikanische Skepsis gegenüber staatlicher Intervention geteilt hatten, diese weitgehend auf; erkannten, daß der Staat in Form der New-Deal-Gesetzgebung nicht mehr als Exekutivorgan der herrschenden Kapitalistenklasse fungierte, sondern zum Freund und Helfer der Gewerkschaften werden konnte; daß es also sinnvoll und notwendig geworden war, organisatorisch und zentral in die Staatsmaschinerie einzugreifen. Andererseits wandten sich vormals sozialistische Gewerkschaftsführer vom Sozialismus ab, nicht nur, weil der Erfolg *Roosevelts* und das Abfallen der sozialistischen Partei bei der Wahl von 1936 das Ziel wieder in weite Ferne gerückt hatten und Konzentration darauf die Gewerkschaften politisch von den maßgeblichen Machtzentren isoliert hatte. Es waren auch die Erfahrungen mit der stalinistischen Form des Sozialismus, die berechtigte Zweifel aufkommen ließen, ob in einem voll sozialistischen Modell Raum für das Funktionieren freier Gewerkschaften bestehen würde — oder könnte. Allerdings wurde diese Abwendung erleichtert durch die historische Situation Amerikas, die den sozialistischen Gewerkschaften nie freundlich gewesen war und der Realisierung ihrer Vorstellung stets gewichtige Hindernisse in den Weg gelegt hatte und durch die ethnische und rassische Heterogenität der amerikanischen Arbeiterklasse, unter der Klassenbewußtsein und Solidarität stark gelitten hatten. Das vorherrschende Modell war seit Ende des 19. Jahrhunderts das des „*business unionism*“ gewesen, wo der Kampf in erster Linie um konkrete Verbesserungen am Arbeitsplatz geführt wurde. Selbst der radikale Impuls, der von den energischen Organisatoren der Industriegewerkschaften — mit ihrer revolutionär anmutenden Taktik der „*sit-in-strikes*“ — ausging, konnte gegen diese massive Tradition nichts ausrichten. Wir können also die Fortschrittlichkeit amerikanischer Gewerkschaften nicht am Ziel einer sozialistischen Gesellschaft messen, wenn die Frage differenziert beantwortet werden soll. Entscheidend wird, wenn wir andererseits auch die noch nicht beseitigten Beispiele durch und durch korrumpierter, mit *racketeers* verfilzten Gewerkschaften als nicht charakteristisch vernachlässigen, die Mitte des Spektrums. (Dabei soll übrigens nicht verschwiegen werden, daß

„Korruption“ in ihrer vielfältigen Form nicht identisch zu sein braucht mit schlechten Arbeitsbedingungen für die Mitglieder. Die Toleranz gegenüber korrupten Praktiken der Führung wurde häufig erkaufte durch gewerkschaftliche Erfolge. „Solange wir unseren Teil bekommen, ist uns egal, was die oben machen“ ist eine — übrigens nicht auf Amerika beschränkte — Einstellung, die allerdings in der Tradition des „business unionism“ besonders leicht gedeiht.) Gehen wir davon aus, daß es für unser Thema nur sinnvoll ist „Fortschritt“ systemimmanent zu definieren, also innerhalb einer weithin auf Privateigentum basierenden Ordnung, so können wir doch fragen: wie energisch sind die Gewerkschaften in Verfolgung der *materiellen und spirituellen Besserung* ihrer Mitglieder und darüber hinaus der arbeitenden Bevölkerung Amerikas insgesamt?

### III

In Beantwortung dieser Frage ist es allerdings leider kaum möglich, die Gewerkschaften einer eindimensionalen Skala zuzuordnen, wenn auch eine ziemlich eindeutige Abgrenzung möglich ist zwischen jenen, die ihr Hauptgewicht auf die Sicherung und Besserstellung ihrer Mitglieder legen — eine Aufgabe, die allerdings keine amerikanische Gewerkschaft zu vernachlässigen wagt, — und jenen anderen, die darüber hinaus mit Energie gesamtgesellschaftliche Ziele verfolgen und sich weigern, sich auf bloße Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu beschränken. Diese Feststellung trifft allerdings nur auf die Einzelgewerkschaften zu, denn auf der Ebene der großen Dachorganisationen existiert eine Beschränkung auf „rein“ gewerkschaftliche Bereiche nicht mehr. So unterstützte die Führung der AFL-CIO nachdrücklich die Bürgerrechtsgesetzgebung des Jahres 1964 und erzwang sogar die Einfügung einer „Fair-Employment“-Klausel, in Widerspruch zu vielfacher gewerkschaftlicher Praxis auf unterer Ebene und den Wünschen vieler Mitglieder. Die führenden Gewerkschafter engagieren sich in außenpolitischen Fragen, wobei allerdings George Meany in konsequenter Verfolgung antikommunistischer Einstellungen Präsident Johnsons Vietnampolitik voll unterstützte, während Reuther sich gegen ihn aussprach, mit der Friedensbewegung sympathisierte und eine flexiblere Politik gegenüber der kommunistischen Welt befürwortete. Die Gewerkschaftsbewegung als Ganzes steht offiziell hinter dem „Krieg gegen die Armut“ und befürwortet eine Vollbeschäftigungspolitik, die auf den ökonomischen Prinzipien *Keynes'* aufbaut. Die Forderung nach höheren Löhnen und kürzerer Arbeitszeit — die Arbeitszeit beträgt in einigen Industriezweigen bereits weniger als 40 Wochenstunden und eine Viertagewoche wird als Möglichkeit zur Jahrhundertwende anvisiert — wird mit dem Bestehen auf Vollbeschäftigung — besonders unter Bedingungen sich ausbreitender Automation — verzahnt.

Gerade am Beispiel der *Automationsproblematik* läßt sich die dialektische Beziehung zwischen traditionellen gewerkschaftlichen Forderungen und Fortschrittlichkeit eindrucksvoll aufzeigen. Die amerikanischen Gewerkschaften sind sich zwar nicht einig über die langfristigen Konsequenzen, die die dritte industrielle Revolution auf die Arbeitnehmer insgesamt haben wird, müssen sich jedoch den konkreten Problemen, von denen sie — zwar sehr unterschiedlich — schon hart betroffen wurden, stellen. Indem sie, in den Worten von *Gus Tyler*, dem Direktor der ILGWU-Abteilung für Politik, Bildung und Training, „weiter das tun, was sie immer getan haben, nur mehr“, wandeln sie jedoch den Prozeß des Aushandelns von Kollektivverträgen in eine subtile Form der Mitbestimmung um. Denn wenn die Bedingungen der technologischen Umstellungen selbst zum zentralen Verhandlungsgegenstand werden, nehmen Gewerkschaftsvertreter an wesentlichen Managementfunktionen teil. Die „Auszehrungsrate“ wird festgelegt, häufig zu fixierten Prozentzahlen. Programme zur Umqualifizierung werden gemeinsam ausgearbeitet, Anreize für frühzeitige Pensionierung aus Produktivitätsgewinnen geschaffen.

Dies bedeutet, wie *Galbraith* zu Recht festgestellt hat, daß in den automationsreifen Kernbereichen der Industrie das ehemals hart-antagonistische Verhältnis zwischen Management und Arbeitervertretern — charakteristisch für amerikanische Gewerkschaftstradition — einem Partnerschaftsverhältnis zu weichen beginnt und auch die alten Kampfmaßnahmen seltener werden. Die Gewerkschaften — und es geht dabei wohl um die „fortschrittlichsten“ — werden hier in einer für Amerika präzedenzlosen Weise „integriert“. Heißt das jedoch, wie *Galbraith* annimmt, daß sie in ihren Funktionen geschwächt werden oder, gemäß unserer Fragestellung, daß sie ihre „Fortschrittlichkeit“ dabei einbüßen müssen? Die Antwort darauf scheint mir keineswegs eindeutig zu sein. Denn wenn auch die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im Prozeß der Automation abnimmt und die Organisation technisch höher qualifizierter Kräfte besondere Probleme aufwirft, so wird die Zusammenarbeit des Management mit organisierten Gruppenvertretern gerade für technisch komplizierte Produktionsprozesse lebensnotwendig. Außerdem erzwingt die Entwicklung, wie der Präsident der *Communications Workers of America, Beirne*, bestätigt hat, die Professionalisierung der Gewerkschaftsvertreter, ihre Ausbildung in technischer, ökonomischer und verwaltungswissenschaftlicher Hinsicht, um dem Management als gleichwertiger Partner entgegenzutreten zu können; und fordert kooperatives Handeln auf Gebieten, die weitab von traditionellen Gewerkschaftsfunktionen liegen, die die Wohlfahrt, Bildung und Freizeit der Arbeitenden ansprechen.

Es ist nicht zufällig, daß *Beirne* eine Entwicklung anvisiert, die einer „konzertierten Aktion“ ähnelt, in der wirtschaftliche Zielvorstellungen, globale Lohnebene usw. in gemeinsamen Konferenzen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern — ohne Zwangsdurchsetzung — erstellt werden<sup>2)</sup>. Ein weiter Schritt vom „business unionism“, zweifellos zukunftsweisend. Inwieweit er „fortschrittlich“ ist, hängt von der eingangs diskutierten Wertfrage ab. Daß in ihrer wachsenden Rolle als „antagonistische Kooperierende“ amerikanische Gewerkschaften den Problemen der Bürokratisierung, Entfremdung und des Rollenkonflikts nicht entgehen können, liegt allerdings auf der Hand. Inwieweit die notwendige höhere Bildung und die von *Galbraith* — wie *Beirne* — festgestellte Konvergenz von Arbeiter und Management dieser Tendenz entgegenwirkt, ist eine noch unbeantwortete Frage. Besser qualifizierte, beruflich gesicherte Arbeitnehmer können größeres Selbstbewußtsein entwickeln und darauf bestehen, dysfunktionale Befehlshierarchien abzubauen. *Galbraiths* Begriff der „Technostruktur“ verkürzt diesen möglichen Prozeß in wahrscheinlich unzulässiger Weise, doch erscheint er tendenziell plausibel. Es ist festzustellen, daß Gewerkschaften, die in automationsanfälligen Industrien tätig sind, ihr Augenmerk zunehmend auf Probleme jenseits des traditionellen „Lohn-Stunden“-Bereichs richten und zum erstenmal auch die Frage der Partizipation, Konsumentenberatung und Freizeitgestaltung in Sicht nehmen. Der explizite Anspruch auf „Mitbestimmung“ im ganzen Direktionsbereich ist dabei zwar noch kaum vernehmbar, doch scheint mir die Entwicklung auch darauf hinzutreiben.

Außerhalb des Kernbereichs der Hochindustrie wirft die eher traditionalistische Praxis amerikanischer Gewerkschaften andersartige Fragen ihren fortschrittlichen Charakter betreffend auf. Hier möge das Problem der *schwarzen Bevölkerung* als Prüfstein und Beispiel dienen, obwohl die Rolle gewerkschaftlicher Diskriminierung, gemessen am Gesamtproblem, relativ geringfügiger ist, als häufig angenommen wird. Je demokratischer Gewerkschaften in ihrem internen Aufbau sind, desto schwerer fällt es ihnen, gegen Diskriminierung anzukämpfen. Wie ein äußerst negerfreundlicher Gewerkschafter festgestellt hat:

2) Joseph A. Beirne, *New Horizons for American Labor*, Washington, D.C., 1962, S. 73.

„Keine Führung war je ihrer Wählerschaft so weit voraus, wie die der Arbeiterbewegung in der Bürgerrechtsfrage.“<sup>3)</sup>

Daß gerade die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft gegenüber dem Appell *George Wallaces* besonders empfänglich war, ist bekannt und inzwischen durch wissenschaftliche Untersuchungen erhärtet:

„Außerhalb des Südens war der Anteil weißer Gewerkschafter, die Wallace vorzogen, dreimal so hoch wie der von Haushalten ohne Gewerkschaftsmitglieder, nämlich 19 zu 6 vH.“<sup>4)</sup>

Auch sind es gerade häufig kleine „craft“-Gewerkschaften — die noch wenig bürokratisiert ihre Entscheidungen kameradschaftlich treffen —, in denen Diskriminierung am stärksten ist<sup>5)</sup>. In beiden Fällen, bei Wallace-Anhängern wie in den „craft“-Gewerkschaften, mag das Motiv, wie Tyler und *Converse* erklären, weniger auf rassistischen Vorurteilen als auf ökonomischem Selbstinteresse beruhen. Es ist jedoch klar, daß die obere Gewerkschaftsführung in ihren unangezweifelten Bemühungen, Neger Chancengleichheit in den Gewerkschaften zu bieten, nicht mit, sondern gegen die „Wünsche vieler ihrer Mitglieder handelt. Dies trifft besonders bei den Organisationsfeldzügen im „tiefen Süden“ zu. Es hat sich gezeigt, daß häufig die Schwarzen dort gewerkschaftlichen Organisationen gegenüber aufgeschlossen sind, daß aber Gewerkschaften dann in den Ruf kommen, zu „negerfreundlich“ zu sein und damit das Organisationspotential unter weißen Arbeitern radikal einschränken. In dieser Lage gehört es zu den bemerkenswerten Ereignissen, wenn, wie im Streik der lokalen (schwarzen) Hospitalgewerkschaft in Charleston, South Carolina, prominente nördliche Gewerkschaftsführer gemeinsam mit Neger-Bürgerrechtsorganisationen zu kämpfen wagen. Denn selbst in den formal völlig integrierten Industriegewerkschaften des Nordens besteht ein subtiles, historisch beringtes System der Diskriminierung durch das „Senioritätsprinzip“, das weder Gewerkschaftsführung noch staatliche Arbeitsbehörden anzutasten wagen. Was schwarze Arbeiter nämlich brauchen, ist gelegentliche „Diskriminierung zu ihrem Vorteil“, um die jahrhundertalte Benachteiligung zu überwinden. Und diese Umkehrung verstößt sowohl gegen das sakrosankte liberale Gleichheitsprinzip wie gegen die politischen Machtkonstellationen innerhalb und an der Basis der Gewerkschaftsstruktur.

#### IV

Lassen Sie mich zum Abschluß zusammenfassen: Amerikanische Gewerkschaften sind zutiefst „amerikanisch“, ihre Vorstellungen transzendieren nicht den traditionellen Wertehorizont ihrer Gesellschaft. Wie Joseph Beirne es in charakteristischer Weise ausdrückt, „wir müssen von der Prämisse ausgehen, daß Amerika kontinuierlichen technischen Fortschritt braucht. Das ist die Straße zu unseren Zielen, auf der sich das amerikanische Schicksal immer fortbewegt hat“<sup>6)</sup>. Wenn auch gelegentlich von nichtmateriellen Kompensationen gesprochen wird, so sehen sie meist ihre Aufgabe — und damit den Schlüssel zu größerem Glück und größerer sozialer Gerechtigkeit — in wachsendem Lebensstandard, kürzerer Arbeitszeit und vor allem, nach wie vor, Sicherheit am Arbeitsplatz. Als Organisationen spiegeln sie die englisch-amerikanische Tradition des Utilitarismus wider, nicht die des vom philosophischen Idealismus beeinflussten kontinentalen Marxismus. Ihr Demokratieverständnis geht aus vom „Menschen, wie er ist“, ist empirisch und positiv-

3) William B. Gould, *Discrimination and the Unions*, „Dissent“, September-October 1967, S. 564.

4) Philip E. Converse, et. al., „Continuity and Change in American Politics“, „American Political Science Review“, LXIII/4 (Dez. 1969), S. 1102.

5) Gus Tyler, *The Labor Revolution; Trade Unions in a New America*, New York 1967, S. 188.

6) Beirne, a.a.O., S. 52.



stisch, nicht idealistisch transzendental. Der „mündige Mensch“ ist für sie eine Gegebenheit, nicht eine — vielleicht nur durch Bildungsdiktatur zu realisierende — Zielvorstellung. Freiheit bedeutet für sie, wie für die große Mehrheit ihrer Mitglieder, Rechte am Arbeitsplatz, die es unnötig machen, um seines Arbeitsplatzes wegen „vor dem Boß zu kriechen“. Dabei denken sie in zunehmendem Maße in gesamtgesellschaftlichen und politischen Kategorien, wenn auch der alte Traum einer sozialistischen Arbeiterpartei einer realpolitischen Sicht gewichen ist, die den Gewerkschaften die Funktion von Interessenverbänden zuweist, bestenfalls die eines Flügels der Demokratischen Partei, auf die sie wesentlichen Einfluß auszuüben imstande sind. In den großen innenpolitischen Fragen stehen die wichtigsten Gewerkschaften auf der Seite größerer Gleichheit durch Auswertung staatlicher Steuer- und Sozialgesetzgebung, wenn sie auch durch fehlende organisatorische Energie gerade bei den Unterprivilegierten (Landarbeitern, Negern, Einzelhandelsangestellten) das bestehende Gefälle nicht aufheben. Ihre politische Stärke leidet zwar häufig unter der Unfähigkeit der Führung, die Masse ihrer Mitglieder (und deren Familien) für fortschrittliche Lösungen zu mobilisieren, selbst dann nicht, wenn deren Interessen direkt betroffen sind. Ein Beispiel wäre das Vollbeschäftigungsgesetz des Jahres 1947<sup>7)</sup>. Darin zeigt sich allerdings auch die Schwäche der von amerikanischen Gewerkschaften erst sehr spät aufgenommenen und häufig stiefmütterlich behandelten politischen Bildungsarbeit.

Das amerikanische System ist als eines von Vetogruppen bezeichnet worden, das politischen Stillstand — sogar Paralyse — fördert und schöpferisches politisches Handeln erschwert. In diesem System sind Gewerkschaften ein wichtiger Faktor geworden und verhindern durch ihre Existenz wie ihre Aktionen eine Entwicklung zu größerer sozialer Ungleichheit und Indifferenz gegenüber menschlichen Werten. Minimal sind sie also eine „fortschrittliche Kraft“, indem sie negative Entwicklungen verhindern und — ganz traditionell — die „Opfer des technischen Fortschritts“ schützen. Doch scheint mir dies ein zu negatives Urteil: insoweit die amerikanische Demokratie den Abstand zwischen theoretischem Anspruch und praktischer Realisierung verringert hat, — und das ist angesichts der immanenten Schwerfälligkeit des Systems ein langsamer, reibungsvoller Prozeß — ist dies mit Unterstützung und zum Teil mit der energischen Hilfe des gewichtigsten Teils der Gewerkschaftsbewegung geschehen.

Ein Amerika, in dem es die Gewerkschaftsbewegung, wie wir sie kennen — mit allen ihren nicht zu leugnenden häßlichen Flecken — nicht gäbe, wäre heute weniger demokratisch und human als es ist. Und ich sehe keinen Grund zur Annahme, daß dies in absehbarer Zeit anders sein dürfte. Gerade im Zeitalter eines rapideren technischen Wandels ist die Rolle des „kooperierenden Antagonisten“, der die Dialektik zwischen Konsens und Konflikt herstellt, unverzichtbarer denn je für humanen Fortschritt.

Inwieweit die neue gesellschaftliche Ordnung, die die amerikanischen Gewerkschaften, ohne bewußt „systemüberwindende Reformen“ anzustreben, durch die „Logik der Sache“ und der ihr innewohnenden Funktionen herzustellen helfen, den Namen „human“ oder „fortschrittlich“ verdienen wird, ist nicht prospektiv auszumachen. Die Gewerkschaften können diese Entwicklung, wie mir scheint, nicht bestimmen oder verhindern; sie können bloß einen Beitrag leisten, der durch die sinnlichen Erfahrungen ihrer Mitglieder geprägt ist und daher notwendigerweise menschliche Bedürfnisse zum Ausdruck bringt, die ein technokratisches System vernachlässigen würde<sup>8)</sup>.

7) Dazu Stephan K. Bailey, *Congress makes a Law*, New York, 1950, besonders Kap. 5.

8) Eine Zusammenfassung der sich an dieses Referat auf der Tagung „Gewerkschaftstheorie heute“ anschließenden Diskussion findet sich auf S. 432 dieses Heftes.